Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreise siehe Seite 6 dieser Nummer und für Auerbach die Seite 6 der Lokalausgabe. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 52.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge — Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. — Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1909

Nr. 124 — Sonntag, den 29. Mai 1932 — 27. Jahrgang

Wirtschaftskrise und Sozialpolitik

Stegerwald eröffnet trübe Aussichten — Immer wieder Reden und keine Taten

Berlin, 27. Mai. Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald hielt heute in der Deutschen Wirtschaftlichen Gesellschaft einen Vortrag über Wirtschaftskrise und Sozialpolitik. Der Minister wandte sich zunächst gegen die Auffassung, daß man die Lohn- und Sozialpolitik losgelöst von der übrigen Politik behandeln könne. Sehr fragwürdig sei es auch, an eine Morgenröte des wirtschaftlichen Liberalismus glauben zu wollen. Im Zeitalter der internationalen Kartell- und Trustwirtschaft, in dem in Italien der Faschismus, in Rußland der Kommunismus herrsche, liege der Wirtschaftsindividualismus in weiter Ferne. Falsch sei auch die Meinung, daß der staatliche Lohnschutz an unserer gegenwärtigen wirtschaftlichen Misere so großen Anteil habe, wie man gegenwärtig glaube. In dem außen- und innenpolitisch gleich schweren Jahre 1932 seien lohn- und sozialpolitische Experimente jedenfalls nicht angängig.

Aus der Entwickelung des deutschen Sozialzustandes und der Sozialversicherung zog der Minister die Folgerung, daß, möge man zur privatkapitalistischen Ordnung stehen wie man wolle, die Zeit des Niederbruchs jedenfalls

denkbar ungeeignet sei zur Sozialisierung.

Für die Arbeitnehmer resultiere aus dem Uebergang von der Ueberschußwirtschaft, die Deutschland vor dem Kriege betrieben habe, zur heutigen Defizitwirtschaft zweierlei: Einmal, je höher die Beiträge zur Sozialversicherung, desto geringer der noch verbleibende Lohn. Und weiterhin: Je höher in einem kapitalarmen Lande die Sozialabgaben, desto geringer der Kreis der Menschen, der beschäftigt werden kann. — In diesen Tagen stehe nun die Frage zur Entscheidung, ob

die Beiträge für die Arbeitslosenhilfe

erneut erhöht werden sollen, um die Arbeitslosen über den künftigen Winter hinüberzubringen. Dabei müsse man sich klar sein, daß jede neue Belastung der Produktion so oder soviele Arbeitslose mehr bedeute. Es könne nicht mehr als Politik angesprochen werden, neue produktionsbelastende Steuern zu erheben, um die damit neu arbeitslos Werdenden unterstützen zu können. Objektiv gesehen seien sowohl die Vorstellungen in Arbeitnehmerkreisen, wir befänden uns im Stadium der Zerschlagung der Sozialpolitik, falsch, wie auch jene in Arbeitgeberkreisen, daß die Sozialpolitik keine Rücksicht nehme auf die derzeitige Lage der deutschen Wirtschaft. Bis jetzt sei sozialpolitisch nichts zerschlagen, bis jetzt sei lediglich ein Abbau der Leistungen erfolgt, nicht aber ein Abbau der Einrichtungen. Dieser Abbau der Leistungen erfolgt, nicht aber ein Abbau der Einrichtungen. Dieser Abbau der Leistungen sei nicht bloß als Verzicht anzusehen, sondern auch als Mittel zur Erhaltung des Wichtigsten. An der Krankenversicherung könne bestimmt nicht mehr viel geändert werden. Wenn die Invalidenversicherung in den nächsten Wochen in die Balance gebracht sei, seien weitere Einsparungen auch bei ihr kaum noch möglich. Die Unfallversicherung sei durch weitere Rentenkürzungen nicht in Ordnung zu bringen. Auf organisatorischem Wege seien bei der Arbeitslosenfürsorge ganz große Ersparnisse nicht mehr möglich.

Dr. Stegerwald wandte sich der Frage zu, wohin die deutsche Sozialpolitik im Hinblick auf Deutschlands Gesamtlage in den nächsten Jahren steuern müsse. Auf längere Sicht und im Großen gesehen, führte er u. a. aus, stehen wir vor

drei Möglichkeiten:

1. Zurück zum Individualismus, zur weitestgehenden Wirtschaftsfreiheit; daran vermag ich nicht zu glauben.

2. Sozialismus. Ich glaube nicht, daß es gut gehen kann, wenn im Tempo der Entwickelung zum Sozialismus und seinen verschiedenen Warten so weiter fortgefahren wird, wie in den letzten Jahren.

3. Weitgehende wirtschaftliche Selbstverwaltung der Beteiligten. Ohne Selbstverwaltung gibt es kein wirtschaftliches Hineinwachsen der breiten Volksschichten in Staat und Wirtschaft. Auch die wirtschaftliche Konstitution kommt.

Wir müssen meines Erachtens

wieder zurück vom Tarifvertrag zur Tarifgemeinschaft.

Tarifverträge müßten zu Gewerbegesetzen ausgestaltet werden. Wie politisch, so ist auch in der Wirtschaft Selbstverwaltung nicht möglich ohne straffe Staatsaufsicht. Das heutige Tarifvertragswesen kommt mir zu eng vor. Damit werden die Arbeiter und Gewerkschaften nie vollwertige Organe der Volkswirtschaft. — Aehnliches, was für die öffentliche Verwaltung gilt, gilt für die Organisation der Sozialversicherung.

Der Staat wird auf die Dauer mit der Sozialversicherung bestimmt nicht fertig.

Von 44 Millionen Wählern stellen heute mehr als die Hälfte unmittelbar materielle Forderungen an den Staat. Die Parteien, die keine Versprechungen machen, verlieren die Wähler. Es fehlt eben das Regulativ, weil es zudem in Deutschland Parteien gibt, die grundsätzlich in Opposition zu dem Staat stehen, und daher das, was sie fordern und versprechen, nie einzulösen brauchen. Meines Erachtens muß die Sozialversicherung in absehbarer Zeit sehr viel mehr den Versicherten überantwortet werden. Selbstverständlich muß auch darüber eine straffe Staatsaufsicht bestehen. — Von den unmittelbar bevorstehenden Aufgaben, die die Sozialpolitik stark berühren, möchte ich drei nennen:

1. Die Schaffung einer einfachen, klaren und billigen Staatsorganisation. Das ganze deutsche Steuerwesen muß einfach, klar und wirtschaftsfördernd gestaltet werden. Der endgültige Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden und die endgültige Regelung der Arbeitslosenfürsorge stellen uns vor eine Steuerreform großen Stils.

2. Es muß Klarheit bestehen über die Behandlung der Lohnfrage. Ich bin für Aufrechterhaltung des staatlichen Lohnschutzes. Der Zwangsschiedsspruch muß aber künftig mehr in den Hintergrund treten. Die Regel muß die freie Vereinbarung sein, zu der der Staat mit seinen Schlichtungsorganen Hilfsstellung zu leisten hat.

3. Die Arbeitslosenfrage wächst sich neben der Außenpolitik immer mehr zu der deutschen Frage aus:

Ein einziges großes Mittel zur Behebung oder auch nur stärkeren Zurückdrängung der Arbeitslosigkeit gibt es nicht.

Die zwei größten Mittel, die bisher genannt wurden, sind einmal die Arbeitsbeschaffung großen Stils durch die öffentliche Hand vermittels Kreditschöpfung, ferner eine andere Verteilung der vorhandenen Arbeit vermittels gesetzlich verkürzter Arbeitszeit. Der Minister nannte eine große Zahl von Vorschlägen und Anregungen, die hierfür vorliegen und führte dann weiter aus: Mit ein oder zwei größeren Mitteln ist in der Tat der Arbeitslosigkeit nicht beizukommen. Es müssen vielmehr alle gangbaren Wege beschritten werden, als da sind: Energische Mitwirkung Deutschlands an der Wiederherstellung des Vertrauens in der Welt, Schaffung gesicherter und politisch gefestigter Verhältnisse im Innern, Liberalität in der Kredit- und Zinsenpolitik, Arbeitsbeschaffung, soweit diese ohne Gefährdung der Währung möglich und vertretbar ist, bessere Verteilung der vorhandenen Arbeit, Erweiterung des freiwilligen Arbeitsdienstes usw. Arbeitslosenhilfe und die Verminderung der Beschäftigungslosen müssen sowohl zentral und örtlich unter Zuhilfenahme aller organisatorischen und finanziellen Möglichkeiten angepackt werden. Der Minister schloß: Entweder wir überstehen das Jahr 1932 durch gegenseitiges Stützen und Helfen, oder aber das deutsche Volk bringt sich selbst um seine Zukunft für Jahrzehnte. In den Jahren 1931/32 hat all das, was in der Weltpolitik und in der deutschen Politik seit Jahrzehnten verfehlt war, kulminiert. Diesen Kulminationspunkt müssen wir überstehen.

Die Umarbeitung der Notverordnung

Das Reichskabinett bei der Arbeit. — Gerüchte über Ministerernennungen

Berlin, 27. Mai. Das Reichskabinett ist heute vormittag zu einer Sitzung zusammengetreten, die auch nachmittags weitergehen wird. Es beschäftigt sich bereits damit, die Notverordnung den Wünschen anzupassen, die der Reichspräsident dem Kanzler durch Staatssekretär Meißner übermitteln ließ. Aus dieser sachlichen Arbeit ergibt sich die Bestätigung, daß die Krisengerüchte der letzten Tage endgültig überholt sind. Dabei ist es selbstverständlich, daß die letzte Entscheidung über die weitere Entwicklung in der für Sonntag angesetzten Besprechung zwischen dem Reichspräsidenten und dem Kanzler liegt. Deshalb ist es auch vollkommen abwegig, wenn in einem Teil der Presse, so in einem Berliner Mittagsblatt, der Eindruck erweckt wird, als lägen für einen Teil der schwebenden personellen Fragen bereits feste Tatsachen vor. U. a. wird Oberbürgermeister Dr. Goerdeler wieder für den Posten des Reichswirtschaftsministers genannt. Wir glauben zu wissen, daß Dr. Goerdeler seinen eigenen Wünschen entsprechend für die Leitung dieses Ressorts überhaupt nicht mehr in Frage kommt. Außerdem bezeichnet man General Hasse, den Chef des Gruppenkommandos 1, bereits als Reichswehrminister. Gewiß ist es möglich, daß dieser erfahrene und überaus geschätzte Offizier als erster für die Leitung des Reichswehrministeriums in Frage kommt. Es muß aber mit allem Nachdruck betont werden, daß die Entscheidung darüber beim Reichspräsidenten liegt, der nach der Verfassung die Minister auf Vorschlag des Reichskanzlers ernennt. Welche Persönlichkeiten der Präsident berufen wird, darüber wird wohl auch erst am Sonntag gesprochen werden. Das ergibt sich schon selbstverständlich aus dem starken aktiven Einfluß, den Reichspräsident von Hindenburg nach seiner Wiederwahl — und das selbst von seinem Urlaub aus — auf die Reichspolitik ausübt.

Schwere Ausschreitungen im Westen

Tote und Verletzte

Schwere Schießerei in Wuppertal

Wuppertal, 28. Mai. Zwischen Kommunisten und der Polizei kam es in Barmen zu schweren Schießereien am Freitagabend gegen ½11 Uhr. Patrouillierende Beamte wurden aus Fenstern mit Karabinern und anscheinend auch Maschinenpistolen beschossen. Die Polizei erwiderte das Feuer und zog Verstärkungen heran. Dabei wurden etwa 50 Schüsse gewechselt. Die Polizei ist damit beschäftigt, in den Häusern, aus denen geschossen wurde, nach den Schützen zu fahnden. Nach den bisherigen Feststellungen ist von den Beamten niemand verletzt worden.

Wuppertal, 27. Mai. Die Tumulte, die schon vorgestern abend begonnen hatten und gestern mittag neu aufflammten, haben auch in den gestrigen Abendstunden Unruhe in die Stadt getragen. Gegen 20½ Uhr sammelten sich größere Massen auf der Parabestraße an, die gegen die Polizeibeamten mit Steinwürfen vorgingen. Parabestraße und Rommelspuet wurden mit dem Gummiknüppel gesäubert. Gegen 21½ Uhr mußten infolge der zunehmenden Ansammlungen der Rommelspuet und die Nebenstraßen erneut gesäubert werden. Eine Anzahl Personen wurde festgenommen und nach Feststellung ihrer Personalien entlassen. Auch in den Stadtteilen Barmen und Heckinghausen kam es im Laufe des Nachmittags mehrfach zu größeren Ansammlungen, die teilweise unter Anwendung des Gummiknüppels zerstreut wurden. Bei der Räumung der Hochstraße gaben die Polizeibeamten drei Schreckschüsse ab, da sie mit Blumentöpfen beworfen worden waren. Gegen 22¾ Uhr wurde die Polizei auf der Hochstraße wiederum mit Flaschen beworfen. Die Beamten machten von der Schußwaffe Gebrauch und gaben sieben Schreckschüsse ab. Auch hier wurden mehrere Personen, die an den Ausschreitungen beteiligt waren, festgenommen und dem Polizeigefängnis zugeführt.

Wuppertal, 28. Mai. Bei den schweren Schießereien am Freitagabend wurde ein Dachdecker, der der Aufforderung der Polizei, das Fenster zu schließen, nicht nachkam, durch einen Kopfschuß getötet. — Um die Polizeitransporte zu gefährden, waren an verschiedenen Stellen die Straßen aufgerissen und die Kanaldeckel auf die Fahr-